

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kollegen und Kolleginnen der Universität Potsdam!

Toleranz, Völkerverständigung und Respekt vor Differenz – es ist kaum vorstellbar, dass die Europäische Union Staaten in ihren Reihen duldet, in denen diese Werte zu verteidigen sind. Wäre es aber wirklich so, könnte ich nicht die Person sein, der in diesem Jahr die Ehre zu Teil wird, den Voltaire-Preis der Universität Potsdam zu bekommen. Ich möchte mich für diese Ehre ganz herzlich bedanken und die Verantwortung, die damit einhergeht, auch annehmen.

I.

Die grundsätzlichen Werte der europäischen Zivilisation und Kultur sind in meiner Heimat, in Ungarn, durch die politische Führung immer wieder infrage gestellt.

Der Machttträger zeigt als Praxis und auch als Vorbild Intoleranz gegen Andersaussehende, Anderslebende, Andersdenkende. Gegen alle möglichen Autonomien – sei es die Zivilgesellschaft, die Akademie, die unabhängige Presse oder die politische Opposition. Kritiker sind Feinde, die durch angreifende und demütigende Bezeichnungen ausgeklammert werden sollen.

Statt Völkerverständigung stehen Hetzkampagnen gegen die sogenannten Migranten auf der Tagesordnung, die auf den Plakaten der Regierung und der Regierungspartei als unmenschliche Horden dargestellt sind.

Und es gibt keinen Respekt vor ethnischer, religiöser, geschlechtlicher, sexueller, materieller und weltanschaulicher Differenz. Wer nicht zur Gruppe der heterosexuellen, weißen christlichen Männer der Mittelschicht gehört, ist in den Augen der Macht von viel geringerem Wert. Flüchtlinge, Romas, Obdachlose – in der Hand der Macht werden sie zu Instrumenten, die dazu missbraucht werden, sich weitere Macht zu verschaffen.

II.

Die paradoxe Wortwahl „illiberale Demokratie“ bedeutet, dass das politische Herrschaftssystem in Ungarn heute viel mehr illiberal als demokratisch ist. „Illiberalismus“ ist ein komplexes System, das auf der Leugnung von europäischen Werten wie Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Pluralismus aufgebaut ist. Es entdeckt den Abbau der verfassungsrechtlichen Schranken der öffentlichen Macht, die grobe Einschränkung der Kontrollrechte der Oppositionsparteien, die Beherrschung der Öffentlichkeit. Die potenziellen Gegengewichte in der Zivilgesellschaft, aber auch in der Wirtschaft, sind beseitigt.

Das Ergebnis ist eine monolithische Machtausübung über eine homogenisierte Gesellschaft. Ungarn ist der verwirklichte Populismus, der hinter den demokratischen Kulissen Machtkonzentration und Antipluralismus feiert. Illiberalismus braucht abhängige Untertanen, die in den Fabriken still Autos zusammenbauen, aber nie diskutieren und nichts kritisieren.

### III.

Als Universitätslehrer, der auch eine Nichtregierungsorganisation (NGO) führt und sich leidenschaftlich mit dem Thema Medien beschäftigt, betrifft mich die illiberale Herrschaft in allen fachlichen Positionen ganz direkt.

Universitäten und akademische Einrichtungen stehen – als Quellen des autonomen Denkens – auch unter strenger Kontrolle. Die Mittel dazu sind hauptsächlich organisatorisch und finanziell: Die Regierung ernennt, ohne Anhörung der Universitäten, einen Kanzler, der an der Spitze aller Universitäten steht und allein für sämtliche finanziellen Fragen zuständig ist. Wie man aber die finanziellen Fragen von wissenschaftlichen abkoppeln kann, wo die Grenzen zwischen den Zuständigkeiten des Rektors und des Senats einerseits und des Kanzlers andererseits liegen, bestimmt das Gesetz ganz bewusst nicht klar. Dies führt natürlich zu ständigen Konflikten über die Kompetenzen. Die staatliche Finanzierung ist des Weiteren nicht voraussehbar und transparent. Die Regierung kann Bildungsprogramme von heute auf morgen einstellen, sogar eine ganze Universität aus dem Land verdrängen. Die akademischen Forschungsinstitute wurden auch durch die Regierung besetzt und die Zukunft der Forscher völlig ungewiss gemacht. Unter diesem Druck versuchen die Universitäten und anderen akademischen Einrichtungen, sich den stetig wechselnden Bedingungen anzupassen, was aber auch die persönliche wissenschaftliche Freiheit der Einzelnen betrifft.

Meine größte Freiheit bieten mir nach wie vor der Hörsaal und der Seminarraum. Die Kontrolle ist nicht so perfekt, dass sie verhindern könnte, dass ich mit den Studierenden offen und ehrlich rede. Da versteht man die Fragen noch nicht als Attacke, Debatten bestehen nicht aus einseitigen Äußerungen. Gleichzeitig ist es schon vorgekommen, dass Studierende einen Aufsatz über die regierungskritischen Äußerungen ihres Professors auf einem regierungsnahen Newsportal publizierten – und das Portal anschließend ankündigte, dass es solche „Enthüllungen“ ermutigen und auch weiterhin veröffentlichen wolle.

Meine Erfahrungen mit den Studierenden sind dennoch weitgehend positiv. Was ich in den letzten Jahren gelernt habe ist, dass sie inspiriert werden können, aber auch müssen. Sie belohnen die Offenheit und die Neugier des Lehrers mit Aufmerksamkeit und Aktivität. Lehren und lernen brauchen ein enges Vertrauensverhältnis, in dem beide Parteien einander ernst nehmen.

Andererseits muss ich ständig zwischen den Rollen des distanzierten Forschers und des vehementen Aktivisten wählen. Ich muss immer darauf achten, dass meine Aufgabe nicht das Überzeugen ist, sondern: Wo ich publiziere, wen ich zu einer Konferenz einlade, bei welcher Organisation ich einen Antrag stelle, welche Beispiele ich für eine Vorlesung aussuche. Diese Fragen können nicht ausschließlich nach fachlichen Aspekten beantwortet werden, sondern sie sind in jedem Fall auch eine Wertewahl. Wir leben in Ungarn in moralischer Überlastung, unsere Entscheidungen haben immer moralische Konsequenzen.

### IV.

Die Zivilgesellschaft und die NGOs gehören seit vielen Jahren zu den Feinden der Regierung, zu den Feinden des Staates. Sie wurden einfach in die Narrative der Antimigration und des teuflischen Plans von Soros einbezogen: Die bedeutendsten Menschenrechtsorganisationen bekommen das Geld von Soros, und deshalb sind sie aktiv an der organisierten Überflutung Europas beteiligt.

Doch diese NGOs bemühen sich darum, Missbräuche aufzudecken und die einheimische und internationale Öffentlichkeit zu informieren. Die legislativen, finanziellen und kommunikativen Angriffe gegen diese Organisationen sind ein spektakuläres Beispiel für die manipulative politische

Kommunikation. Ihre Stigmatisierung als fremde Agenten macht es einfach unnötig, auf das zu reagieren, was sie sagen. Es reicht darauf hinzuweisen, wer sie sind – wie in den schlechtesten Verschwörungstheorien.

Zur Finanzierung der NGOs muss man aber anmerken, dass ihre Geldquellen nicht divers sind. Öffentliche Gelder fallen völlig aus, und die größten westlichen Spenderorganisationen haben Ungarn nach dem EU-Zutritt verlassen. Aus diesem Grund sind die Soros-Stiftungen tatsächlich wirklich wichtige Geldgeber, doch ihr Engagement bringt für die NGOs eine ungewisse Lage. Ein stärkeres Engagement deutsche Stiftungen in Mitteleuropa könnte diese Situation verbessern.

Was die Medien und die Öffentlichkeit anbelangt, wird seit 2010 auf europäischer Ebene heftig diskutiert. Beweise für die Diskriminierung und stete Beleidigung unabhängiger Medien und Journalisten, die Behinderung der parlamentarischen Berichterstattung sowie des Zugangs zu den öffentlich Informationen, die Nutzung von Medien für Rufmorde und feindselige Propaganda liegen vor. Auch die umfassende Manipulation der Medien- und Werbemärkte ist klar dokumentiert.

Von einem Medienmarkt kann keine Rede mehr sein, wenn der größte Werbetreibende der Staat selbst ist. Die staatlichen Anzeigen erscheinen in den loyalen Medien, unabhängig davon, was sie tatsächlich leisten. Hinter einer Stiftung verbirgt sich seit 2018 ein in Europa beispielloses Medienkonglomerat, das fast 500 Presseprodukte und Mediendienste besitzt. Es verfügt über Monopole bei den regionalen Tageszeitungen, den kostenlosen Zeitungen und den nationalen Privatradios sowie führende Positionen beim Nachrichtenfernsehen, den Newsportalen und den Tabloidzeitungen. Die Loyalität dieser Medien ist durch die freigiebige öffentliche Finanzierung sowie die persönlichen Abhängigkeiten der Besitzer gewährt.

Die letzten unabhängigen Medien und Journalisten kämpfen währenddessen täglich ums Überleben. Nach unserer Kalkulation erreichen sie nur 20 Prozent der finanziellen Ressourcen des Medienmarktes. Zudem gelingt es ihnen immer weniger, aus den eigenen Publikumsblasen herauszukommen. Trotzdem verrichten sie weiterhin eine gründliche und wichtige Arbeit für kritische Informationen.

Statt öffentlich-rechtlicher Medien haben wir rein staatliche, die, als Gegenleistung für reichhaltige staatliche Spenden, die treuesten Akteure der Propaganda und die Manipulation sind. Gerichtlich bestätigte Nachrichtenverfälschungen, Kündigungen und Anklagen eigener nicht gänzlich unkritischer Journalisten sowie – durch internationale Organisationen dokumentierte – einseitige Berichterstattung sogar während der Wahlkampagnen gehören zur täglichen Praxis.

Auch wenn es keine groben Verzerrungen im Wahlsystem gäbe und nicht derart viele ländlichen Wähler durch die öffentlichen Arbeitsmöglichkeiten völlig von der Macht abhängig wären, so wäre diese manipulierte Öffentlichkeit noch Grund genug, an der Fairness der Wahlen zu bezweifeln.

Es ist auch wahr, dass man in kaum einer anderen Situation so viel über das Mediensystem und die Demokratie lernen könnte: Wo sind die unsichtbaren Schwachpunkte der Medienfinanzierung? Was sind die wirklichen Symptome der politischen Voreingenommenheit einer formal unabhängigen Regulierungseinrichtung? Wie funktionieren die europäischen Werte in der Praxis? Wir haben genug gelernt.

V.

Ich muss weiterhin betonen, dass ich die Reaktionen der Europäischen Union und der westeuropäischen Staaten für weitgehend enttäuschend halte.

Die westeuropäischen Medienunternehmen haben zum Beispiel eine essenzielle Rolle bei der Expansion der regierungsnahen Medien gespielt: Nach der Finanzkrise wollten sie die mitteleuropäische Region, wo sie nach dem Systemwechsel die führende Rolle hatten, verlassen, weil diese Märkte nicht mehr profitabel genug waren. In diesem Prozess agierten sie in vielen Fällen ganz bewusst in Absprache mit unserer illiberalen Regierung. So wussten beispielsweise ProSieben, Sat.1, die Deutsche Telekom oder Axel Springer, dass die Käufer ihrer hinterlassenen Medien die aktuellen Oligarchen waren.

Die wiederholte Kritik der EU am Abbau der Demokratie blieb letztlich meist ohne spürbare Konsequenzen. Politisches Handeln, prinzipienlose Kompromisse, Kurzsichtigkeit, Verständnislosigkeit: Nach fast zehn Jahren Illiberalismus konnten die europäischen Bemühungen nicht verhindern, dass 2019 wieder eine politisch einseitige Medienbehörde mit einem Mandat auf neun Jahre zustande kam. Obwohl die Europäische Kommission Beschwerde gegen die Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Medien eingelegt hat, nutzte sie die verfügbaren und effektiven Mittel gegen die unerlaubte staatliche Beihilfe in den letzten Jahren nicht.

Nicht nur durch das ohnmächtige Dulden der verschiedenen illiberalen Maßnahmen, sondern auch durch die Finanzierung des Systems mit europäischer Förderung trug die EU wesentlich zu dessen Erfolg bei. Die Finanzierung von korrupten und antidemokratischen Regimen richtet nicht nur die einzelnen Staaten zugrunde, sondern schwächt letztlich die Integration völlig ab.

Mein Lieblingswort auf Deutsch ist Klartext. Es ist allerhöchste Zeit, undemokratische populistische Regime in Europa als solche klar zu benennen und einzudämmen. Man darf sich nicht davor fürchten, dass die Wähler in diesen Staaten sich deshalb gegen die EU wenden: Diese Wähler haben keine Möglichkeit, sich aus zuverlässigen Quellen frei zu informieren und ihre Meinung ehrlich zu äußern. Wenn sie von der EU also klare Signale bekämen, dass sie nicht alleingelassen sind, wären sie auch in den Wahlkabinen mutiger.

VI.

Die wichtigste gesellschaftliche Erkenntnis aus dem demokratischen Übergang in Mittel- und Osteuropa der letzten 30 Jahre ist, dass verfassungsrechtliche Organisation und formale wirtschaftliche Integration allein keine Demokratie schaffen. In einer Demokratie geht es um Werte. Um Werte, die im besten Fall von den meisten Mitgliedern der Gesellschaft unterstützt und gestaltet werden. Darauf wurden aber weder die betroffenen Schulsysteme noch die politischen Akteure vorbereitet.

Das größte von den zahlreichen Geschenken, die ich von Deutschland bekommen habe – wie das Grundwissen über Medienrecht und Medienfreiheit, Ressourcen für meine Forschung, das Leben in einer inklusiven Gemeinschaft, die Erfahrung meiner Kinder über eine andere Weise des Lernens in der Schule –, sind der Begriff und die Praxis der politischen Bildung. Dass ich diesen Ausdruck nicht in meine Muttersprache übersetzen kann, beschreibt die Lage in Ungarn ziemlich perfekt. Es zeigt ein großes Defizit, das wir abbauen müssen.

Wir müssen Wege finden, wie man verständlich macht, was das eigene Leben und politische Entscheidungen miteinander verbindet, warum liberale Demokratie immer die einzige Herrschaftsform bleibt, die einen mentalen, moralischen und wirtschaftlichen Wohlstand der ganzen

Gesellschaft ermöglicht, und warum sie von uns allen Anstrengung braucht. In der Schule, an der Universität, auf Facebook oder in Gesprächen mit den Nachbarn sollten wir daran arbeiten, die Werte der Demokratie erlebbar zu machen.

Dieser Preis ist für mich eine wichtige Rückmeldung zu meiner bisherigen Arbeit und eine riesige Unterstützung für die Zukunft. In einer gleichgültigen oder gar feindlichen Umgebung immer wieder die Motivation zu finden weiterzumachen, ist schwierig. Aber lassen Sie mich meine Rede mit der simplen Kampagnenbotschaft der Fidesz abschließen: Wir werden es fortsetzen!